

PRESSEMITTEILUNG

Leinfelden-Echterdingen, 15.11.2017

Pacta sunt servanda -

Alphabetisierung und Grundbildung ja, Grundbildungstag und Landesbeirat nein

Dem neuen Landesbeirat für Alphabetisierung und Grundbildung wird der Volkshochschulverband Baden-Württemberg ebenso wie die Kirchliche Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KiLAG) nicht beitreten. Da das Land seiner Verpflichtung aus dem Weiterbildungspakt, die Landesförderung der Allgemeinen Weiterbildung wenigstens auf den Bundesdurchschnitt zu erhöhen, nicht nachkommt, ist der Verband nicht bereit, weitere Verpflichtungen zu übernehmen.

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg ruft, verbunden mit einem sog. Grundbildungstag, einen Landesbeirat für Alphabetisierung und Grundbildung ins Leben, um die Vermittlung von Grundkompetenzen zu intensivieren. Verbandsdirektor Dr. Hermann Huba erklärt dazu: „Selbstverständlich sind und bleiben die Volkshochschulen als größter Träger engagiert beim Thema Alphabetisierung und Grundbildung. Wir meinen aber, dass es nicht zusammen passt, von anderen Verpflichtungen zu fordern, ohne die eigenen zu erfüllen. Das passt ebenso wenig zusammen, wie bei gleichbleibender Landesförderung zusätzliche öffentliche Aufgaben zu übertragen.“

Dem Verband und der KiLAG geht es um den Ende 2015 geschlossenen Weiterbildungspakt, der das Land verpflichtet, die Landesförderung der Allgemeinen Weiterbildung bis 2020 Schritt für Schritt wenigstens auf den Bundesdurchschnitt zu erhöhen. Zu diesem zugesagten Nahziel fehlen immer noch 7 Millionen Euro jährlich. Der derzeitige Entwurf für den Doppelhaushalt 2018/19 sieht aber keine weiteren Erhöhungen vor. Deshalb lehnen es der Volkshochschulverband Baden-Württemberg und die KiLAG übereinstimmend ab, ihrerseits dem Land gegenüber eine neue Verpflichtung einzugehen und ihre Mitgliedschaft im Landesbeirat zuzusichern.

„Pacta sunt servanda – Verträge sind einzuhalten.“, so Huba. „Als verlässlicher Partner des Landes, mit dem der Weiterbildungspakt geschlossen wurde, vertrauen wir auf dessen Umsetzung, sind in den Haushaltsverhandlungen aber bislang enttäuscht worden. Solange das Vereinbarte nicht eingehalten wird und uns Mittel fehlen, werden wir nicht Teil einer neuen Vereinbarung.“

Die Volkshochschulen sind der mit Abstand größte Träger von Maßnahmen zur Alphabetisierung und Grundbildung. Sie verstehen Grundbildung als umfassende Voraussetzung zur Teilhabe und Mitwirkung in Staat und Gesellschaft. Im Sinne eines ganzheitlichen Bildungsanspruchs orientieren sich die Kursangebote der Volkshochschulen an den Bedürfnissen des Einzelnen. Die Angebote umfassen nicht nur Rechnen, Schreiben und Lesen, sondern auch elementare Kompetenzen im wirtschaftlichen, technischen, kulturellen und im politischen Bereich.

Zum Volkshochschulverband Baden-Württemberg gehören 169 Volkshochschulen mit rund 700 Außenstellen. Die Einrichtungen vor Ort bieten ein flächendeckendes Netz an vielfältigen Angeboten zur Allgemeinbildung, zur Gesundheitsbildung, in den Sprachen, zum Thema Integration und zur beruflichen Qualifizierung sowie in der Alphabetisierung und Grundbildung. Informationen über die Arbeitsfelder der Volkshochschulen finden Sie auf der Homepage des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg: www.vhs-bw.de.

Kontakt: Kathrin Lepold, Pressestelle, Volkshochschulverband Baden-Württemberg e. V.
Telefon: (07 11) 7 59 00 - 60, E-Mail: lepold@vhs-bw.de